Niederschrift

über die 1. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 26.08.2014, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bestellung eines Schriftführers und eines Vertreters
Vorlage: 087/2014
2. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: 089/2014
3. Beratung über die Stellungnahme der Stadt Geilenkirchen zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle
Vorlage: 084/2014
4. Beratung und Beschlussvorschlag zur Instandsetzung der Alten Poststraße in der Teilstrecke zwischen den Einmündungen Friedlandplatz und Theodor-Heuss-Ring
Vorlage: 102/2014
5. Erteilung einer denkmalrechtlichen Erlaubnis zum Abriss der Kirche St. Josef in Bauchem
Vorlage: 110/2014
6. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Hans-Josef Paulus

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Wilfried Kleinen

Mitglieder

3. Karl-Peter Conrads
4. Dr. Stefan Evertz
5. Johann Graf
6. Christoph Grundmann
7. Barbara Slupik
8. Raimund Tartler
9. Harald Volles
10. Kirsten vom Scheidt

Stellvertretendes Mitglied

11. Jennifer Diederichs Vertretung für Frau Theresia Hensen

Sachkundige/r Bürger/in

12. Cornelia Banzet
13. Hans-Josef Benend
14. Uwe Eggert
15. Roswitha Eichhorn-Jordan Vertretung für Herrn Heiner Molz
16. Ingo Helf
17. Dirk Kochs
18. Karl-Heinz Lubberich Vertretung für Herrn Friedhelm Rose
19. Moritz Rummeler
20. Peter Schulz

Weitere sachkundige Bürger/innen

1. Klaus Banzet
2. Sabine Bock
3. Dieter Körner
4. Heinz-Peter Kravanja
5. Holger Sontopski

von der Verwaltung

6. Bürgermeister Thomas Fiedler
7. Daniel Goertz
8. Alexander Jansen
9. Technischer Beigeordneter Markus Mönter
10. Manfred Savoir

Protokollführer

11. Manfred Houben

Es fehlten:

12. Theresia Hensen
13. Heiner Molz
14. Friedhelm Rose

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung zur 1. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses. Er dankte den Stadtverordneten und sachkundigen Bürgern aus dem Ausschuss des vorherigen Rates für ihr ehrenamtliches Engagement. Der Dank ging ebenfalls an die Vertreter der Presse für deren bisherige Berichterstattung über die Ausschussarbeit.

Ausschussvorsitzender Paulus stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informierte er die Ausschussmitglieder darüber, dass der Tagesordnungspunkt 8.3 wegen noch erforderlicher Prüfungen der vorliegenden Angebote von der Tagesordnung abgesetzt werden solle und bat um entsprechende Abstimmung

Einstimmig wurde der TOP 8.3 von der Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 1 Bestellung eines Schriftführers und eines Vertreters
Vorlage: 087/2014**

Beschluss:

Herr Manfred Houben wird als Schriftführer für den Umwelt- und Bauausschuss und Herr Stephan Scholz als Vertreter bestellt.

**TOP 2 Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: 089/2014**

Ausschussvorsitzender Paulus wies die anwesenden sachkundigen Bürger auf ihre Rechte und Pflichten hin. Er wünschte konstruktive Zusammenarbeit auch bei kontroverser Diskussion. Zur Verlesung der Verpflichtungserklärung erhoben sich die sachkundigen Bürger und Stadtverordneten, um so ihre Zustimmung zur Verpflichtung zu signalisieren. Auch die zahlreich erschienenen vertretenden sachkundigen Bürger erhoben sich von Ihren Plätzen und nahmen die Verpflichtung ebenfalls damit an.

**TOP 3 Beratung über die Stellungnahme der Stadt Geilenkirchen zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle
Vorlage: 084/2014**

Stadtverordnete Slupik teilte für die CDU-Fraktion mit, dass diese der Stellungnahme grundsätzlich zustimme. Sie bat jedoch um Prüfung, ob eine möglichst umfassende Unterstützung der Biotonne durch einen Gebührenanreiz gegenüber der Restmülltonne möglich sei.

Herr Goertz teilte mit, dass es sich bei vorliegenden Plänen um eine Empfehlung handle. Die Gebühr solle jedoch beibehalten werden, um Fehlwürfe zu vermeiden. Mit Blick auf ein aktuelles technisches Problem beim Ratsinformationssystem, sagte Herr Goertz zu, den Planentwurf als PDF-Datei zu versenden.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt, zu den vorgelegten Entwürfen des Abfallwirtschaftsplans Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle und des Umweltberichts, wie folgt Stellung zu nehmen:

Den Entwürfen wird grundsätzlich zugestimmt. Die Stadt Geilenkirchen unterstützt das Ziel einer ökologischen Abfallwirtschaft und befürwortet die Stellungnahme der Kreisverwaltung Heinsberg, die sich nach wie vor gegen die Einführung jeglichen Zuweisungszwanges zu Entsorgungsanlagen ausspricht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 Beratung und Beschlussvorschlag zur Instandsetzung der Alten

Poststraße in der Teilstrecke zwischen den Einmündungen Friedlandplatz und Theodor-Heuss-Ring
Vorlage: 102/2014

Technischer Beigeordneter Mönter erläuterte, dass die Verwaltung den Vorschlag Nummer 3 favorisiere. Hierbei handele es sich um die kostengünstigste Variante, außerdem bestehe hierbei die Möglichkeit, einen Stellplatz für den Lieferverkehr zu schaffen. Die Planung, den Behindertenparkplatz in die Alte Poststraße zu verlegen, sei mit dem Behindertenbeauftragten Herrn Heinz Pütz besprochen worden. Die Einfahrt des motorisierten Verkehrs würde verhindert, indem im Bereich des Theodor-Heuss-Ringes an der Fahrbahn entlang die Pollerreihe geschlossen und eventuell sogar die Kette durchgezogen und im Bereich der Alten Poststraße Poller eingebaut würden. Diese ließen sich im Bedarfsfall herausnehmen.

Stadtverordneter Graf signalisierte seine Unterstützung für den Verwaltungsvorschlag, da hierbei die Post weiterhin auch für behinderte Menschen erreichbar sei.

Stadtverordnete Slupik schloss sich für die CDU ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung an und begrüßte, dass der Behindertenbeauftragte bereits eingeschaltet worden sei. Wichtig sei, dass der Ausbau solide und dauerhaft erfolge. Sofern der angegebene Ansatz von 10.000 € für die Baumaßnahme nicht ausreichend sei, um einen soliden Ausbau zu erreichen, sollte gegebenenfalls auch etwas mehr Geld ausgegeben werden. In jedem Fall solle der Ausbau so erfolgen, dass nicht in Kürze erneut eine Sanierung erforderlich werde.

Ausschussvorsitzender Paulus trug vor, dass sich Einwohner gemeldet und den Zustand der Bord-/Treppenanlage bemängelt hätten. Es sei angeregt worden, auf die Treppenanlage zu verzichten.

Herr Mönter teilte dazu mit, dass eine Änderung der Randsteine und Stufen eine Änderung der gesamten Pflasterfläche zur Folge hätte, da das Niveau ausgeglichen werden müsse. Außerdem könnten die Stufen umgangen werden. Der Ausbau erfolge unter Ausschluss des Verkehrs. Es sei gewährleistet, dass der Ausbau solide erfolge.

Auf Anregung des sachkundigen Bürgers Eggert, den Bereich der Stufen und Randsteine zu markieren, um die in den letzten Jahren zahlreich gemeldeten Stürze von Fußgängern zu vermeiden, sagte Technischer Beigeordneter Mönter eine entsprechende Prüfung zu.

Stadtverordneter Dr. Evertz merkte an, dass der Betrag zur Sanierung nicht so hoch ausgefallen sei. Gegebenenfalls könne daher über eine endgültige Gestaltung in einigen Jahren noch einmal nachgedacht werden

Ausschussvorsitzender Paulus machte deutlich, dass der Vorschlag der Verwaltung mit dem Inhalt des Integrierten Handlungskonzeptes übereinstimme. Dies sehe vor, dass der fußläufige Verkehr aus Richtung Bahnhof über die Gerbergasse/Alte Poststraße in die Innenstadt geleitet werde.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt zur Instandsetzung der Alten Poststraße, die von der Verwaltung vorgetragene Variante 3, also die Sanierung der Fugen und punktuellen Ausbessern der Pflasterfläche in Ausführung durch den städtischen Bauhof.

Die betreffende Teilstrecke wird für jeglichen Fahrzeugverkehr gesperrt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Erteilung einer denkmalrechtlichen Erlaubnis zum Abriss der Kirche St. Josef in Bauchem
Vorlage: 110/2014**

Unter Hinweis auf die vorliegenden Unterlagen trug Technischer Beigeordneter Mönter vor, dass der geplante Abriss einer denkmalrechtlichen Erlaubnis bedürfe, da die Kirche bekanntlich vorläufig unter Schutz gestellt worden sei. Zuständig für die Erteilung bzw. Nichterteilung dieser Erlaubnis sei nach der Zuständigkeitsordnung der Umwelt- und Bauausschuss. Eine Erlaubnis sei zu erteilen, wenn Gründe des Denkmalschutzes nicht entgegenstünden oder ein überwiegendes öffentliches Interesse bestehe.

Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn es für das Denkmal keine Nutzungsmöglichkeiten mehr gäbe und der Erhalt nicht mehr möglich sei. Darüber hinaus könnte aber auch ein überwiegendes öffentliches Interesse daran bestehen, das geplante Seniorenzentrum zu realisieren.

Laut Stellungnahme des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege (RhAD) solle die Planung neu überdacht und eine Einbeziehung des Kirchengebäudes geprüft werden. Die Kirche habe in einer ausführlichen Stellungnahme dargelegt, dass sie das Objekt aufgeben möchte, da es baulich in einem mangelhaften Zustand sei. Eine Einbeziehung der Kirche in das vorliegende Konzept scheidet deshalb aus. Sollte die Stadt eine denkmalrechtliche Erlaubnis zum Abriss erteilen, würde das RhAD vorab über diese Absicht unterrichtet. Das RhAD hätte dann die Möglichkeit, das zuständige Landesministerium zur Entscheidung anzurufen.

Stadtverordnete Slupik befürwortete für die CDU-Fraktion grundsätzlich das Projekt. Sie teilte mit, dass jedoch auch die Ausführungen des RhAD nachvollziehbar und nicht von der Hand zu weisen seien. Um zu einer einvernehmlichen Lösung mit dem RhAD und der Stadt Geilenkirchen zu kommen, regte sie einen runden Tisch unter Einbeziehung der Franziskusheim gGmbH an. Den Beschluss solle man daher vertagen und zunächst noch einmal mit der Kirche und dem RhAD das Gespräch suchen und darüber nachdenken, ob man nicht Teile der Kirche als Erinnerung an das Gotteshaus in das geplante Konzept des Seniorenzentrums übernehmen könne. Stadtverordneter Graf schloss sich diesem Vorschlag an.

Ausschussvorsitzender Paulus verwies auf die bereits vom Franziskusheim angebotenen Kompromisse und den dringenden Bedarf an barrierefreiem Wohnraum im Stadtgebiet.

Stadtverordneter Conrads teilte mit, dass durch den Abriss einer Kirche Emotionen ausgelöst würden. Gerade der Abriss einer aus Sicht des RhAD denkmalwürdigen Kirche rufe in der Bevölkerung Unverständnis hervor. Seine Frage, ob es bereits einen Beschluss entgegen der Empfehlung des RhAD gegeben hatte, beantwortete Herr A. Jansen so, dass ihm kein Fall von solcher Tragweite bekannt sei, bei dem man von der Äußerung des RhAD abgewichen sei.

Stadtverordneter Dr. Evertz bat ebenfalls die Verwaltung darum, in jedem Fall noch einmal das Gespräch mit der Kirche und der Denkmalpflege zu suchen. Er wies aber auch auf die Bedeutung und die Dringlichkeit des geplanten Vorhabens hin und schlug vor, den Beschluss schon heute zu fassen. Sobald das Gespräch stattgefunden habe, könne man dann auf eine erneute Beratung und Beschlussfassung verzichten.

Beschluss:

Die denkmalrechtliche Erlaubnis zum Abriss der Kirche wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	1
Enthaltung:	0

TOP 6 Verschiedenes

1. Stadtverordneter Grundmann wies darauf hin, dass sich nach Aussage einiger Anwohner der Brachelener Straße im Bereich des Ortsausganges Lindern viele Verkehrsteilnehmer nicht an das dort vorgeschriebene Tempolimit von 30 km/h hielten. Die Tatsache, dass fast kein Bordstein vorhanden sei, erschwere die Ausfahrt aus den Grundstücken zusätzlich. Stadtverordneter Grundmann bat daher die Verwaltung die Möglichkeit der Installation einer Bremsschwelle zu prüfen.

Des Weiteren führte er aus, dass der Sozial- und Jugendhilfeausschuss beschlossen habe, den ursprüngliche am Haus Basten installierten Schaukasten wieder anzubringen. Da dies bislang nicht erfolgt sei, bitte er um Mitteilung, wann die Installation geplant sei.

Abschließend wollte er wissen, wann die Aula der Realschule nach der Sanierung wieder zur Nutzung freigegeben wird.

Ausschussvorsitzender Paulus sagte Stadtverordnetem Grundmann zu, dass er die notwendigen Informationen von der Verwaltung erhalten würde.

Bezüglich der Aula der Realschule teilte Beigeordneter Mönter mit, dass die Arbeiten zügig voranschreiten würden und mit einer Freigabe der Aula nach derzeitigem Bauzeitenplan am 25.11.2014 gerechnet werde.

2. Auf die Frage von Stadtverordnetem Graf erklärte Technischer Beigeordneter Mönter, dass Möglichkeit der Einrichtung von Querungshilfen auf Höhe der Nikolaus-Becker-Stube geprüft worden sei. Diese seien aus rechtlichen und technischen Gründen an diesem Ort nicht umsetzbar. Im Tagesverlauf würden die Querungshilfen kaum genutzt werden, lediglich nach den Messen sei in diesem Bereich ein erhöhter Querungsverkehr vorhanden.

Ausschussvorsitzender Paulus unterstützte die Ausführungen des Beigeordneten Mönter, da nicht jede Geschwindigkeitsbegrenzung durch bauliche Maßnahmen unterstützt werden könne. Die Verwaltung solle jedoch weitere Möglichkeiten prüfen.

Stadtverordneter Conrads empfahl, eine Tempomarkierung auf die Fahrbahn aufzubringen.

3. Stadtverordneter Dr. Evertz lobte die Installation der LED- Beleuchtung in der Anita Lichtenstein Gesamtschule.

Sitzung endet um: 19:35 Uhr

Vorsitzender

Schriftführer:

Hans-Josef Paulus

Manfred Houben